

**REDE DER AMERIKANISCHEN AUßENMINISTERIN, MADELEINE  
ALBRIGHT, BEIM MINISTERTREFFEN DES  
FRIEDENSUMSETZUNGSRATS AM 30 MAI 1997 IN SINTRA  
(PORTUGAL)**

**Betrifft Durchsetzung des Daytoner Abkommens – Unwillen der Politiker –  
Konditionierung der Hilfe.**

Verehrte Kollegen, zunächst möchte ich Carl Bildt für die von ihm während der letzten anderthalb Jahre und zuvor geleistete ausgezeichnete Arbeit für den Frieden in Bosnien danken. Das Amt des Hohen Beauftragten ist für unsere Bestrebungen zur Durchsetzung des Daytoner Abkommens von zentraler Bedeutung. Wir begrüßen die Entscheidung für Carlos Westendorp und sehen der intensiven Zusammenarbeit mit ihm erwartungsvoll entgegen. Er wird wahrscheinlich die internationale Staatengemeinschaft eindringlich um Hilfe bitten.

Wir sind unter anderem hier in Sintra, weil die NATO an der Spitze gemeinsamer Bestrebungen zum Aufbau eines vollkommen friedlichen und freien Europas ohne Mauern steht. Wir nehmen an diesem Ministertreffen teil, weil wir uns bewußt sind, daß unsere Vision von Europa erst dann realisiert werden kann, wenn wir das Daytoner Abkommen über den Frieden in Bosnien vollständig umsetzen. Die Implementierung der Vereinbarungen von Dayton war schon immer ein ehrgeiziges Ziel. Manche sind der Ansicht, es könne nichts unternommen werden, um den Haß und die Spaltungen zu überwinden, die den Frieden in Bosnien immer noch bedrohen – ebenso wie früher manche glaubten, es könne nichts zur Beendigung des Krieges unternommen werden.

Wir sind zur Durchsetzung des Daytoner Abkommens entschlossen – nicht aus Sturheit, sondern weil wir Realisten sind. Denn es gibt keine Alternative zu Dayton außer dem Schrecken, dem das Abkommen ein Ende setzte. Es gibt keine Alternative zu einem geeinten Bosnien – außer dem Wiederaufflammen der Gewalt, zu dem ein Scheitern unweigerlich führen würde. Dayton war als Abmachung zwischen der internationalen Gemeinschaft einerseits und den Parteien in Bosnien andererseits konzipiert. Wir sind entschlossen, unseren Teil dieser Abmachung einzuhalten.

Unsere ersten Sicherheitsziele sind bereits erreicht worden. Die Streitkräfte wurden entflochten und zahlenmäßig verringert, es wurden vertrauensbildende Maßnahmen ergriffen und alle schweren Waffen in den Lagerstätten eingelagert. Die Vereinigten Staaten arbeiten im Rahmen des Ausbildungs- und Ausrüstungsprogramms mit anderen Ländern an der Stabilisierung des langfristigen Sicherheitsumfelds zusammen. Die Bestrebungen der internationalen Staatengemeinschaft zur Entschärfung von Landminen haben möglicherweise mehr Menschenleben gerettet als uns bewußt ist.

All dies hat in Bosnien den Übergang von einem Kriegsgebiet zu einem Wirtschaftsgebiet ermöglicht. Die wichtigsten Straßen, Eisenbahnverbindungen und Brücken werden wieder aufgebaut. Grundlegende Dienstleistungen wie Wasser und Stromversorgung werden wieder bereitgestellt. Die Wirtschaft wächst wieder. Auch der politische Wiederaufbau ist im Gange. Es wurden landesweit friedliche Wahlen

veranstaltet. Und es wurden alle drei Volksgruppen einbeziehende Institutionen gegründet, die ihre Arbeit aufgenommen haben.

Heute beglückwünsche ich alle drei Parteien zu einem entscheidenden Fortschritt bei der Annahme des letzten Elements eines Startpakets elementarer Wirtschaftsgesetze. Dies ist ein klares Anzeichen für die Entschlossenheit der Parteien nach dem Anfang dieser Woche erzielten Übereinkommen über die Zentralbank und die Zollgesetze, die beide die Grundlage für eine Vereinbarung mit dem IWF darstellen.

Ich möchte Carl Bildt und Michael Steiner für ihre harte Arbeit bei der Erlangung dieses Abkommens danken. Die Vereinigten Staaten waren stolz auf ihre Mitwirkung, die Parteien zu diesem wichtigen Schritt gedrängt zu haben, wie auch ich es bei meiner Zusammenkunft mit den drei Präsidenten vor zwei Stunden tat.

Die internationale Staatengemeinschaft muß noch viel unternehmen, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Vor allem können wir nicht zulassen, daß so viele unserer obersten Prioritäten in Bosnien keine Finanzmittel erhalten. Wenn wir dauerhafte öffentliche Sicherheit in Bosnien wünschen, müssen wir die Polizei ausbilden und ausrüsten. Wenn wir möchten, daß das bosnische Volk die Verantwortung für die Gestaltung seiner Zukunft übernimmt, müssen wir die bevorstehenden Kommunalwahlen angemessen unterstützen. Wenn wir die Rückkehr der Flüchtlinge wünschen, müssen wir unseren Teil zur Unterstützung der Vermögenskommission beitragen, die über widersprüchliche Ansprüche entscheidet. Solange die Parteien ihren Verpflichtungen nachkommen, müssen wir bei der bevorstehenden Konferenz der Geberlande bereit sein, das Ziel von neuen Zusagen in Höhe von 1,4 Milliarden Dollar zu erreichen. Die erzielten Fortschritte reflektieren außergewöhnliche internationale Bestrebungen, die Beiträge von 48 Ländern und Dutzenden multilateraler und privater Organisationen beinhalten. Dieses Unternehmen bot eine Chance, die viele Bosnier zum Wiederaufbau ihres Lebens sowie zur Verbesserung der Zukunftsaussichten für ihre Kinder nutzten.

Wir müssen bei unserer Einschätzung der Leistungen vieler Politiker dieses Landes, von denen einige heute hier sind, jedoch offen und ehrlich sein. Mit wenigen Ausnahmen haben sie keine echte politische und soziale Integration gefördert. Die dreigeteilten politischen Institutionen verwirklichen bei weitem nicht ihr Potential. Die Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen in ihre Heimat stößt weiterhin auf Widerstand. Insbesondere Srpska ist bei der Erfüllung seiner Rüstungskontrollverpflichtungen weit in Verzug. Die grundlegenden Menschenrechte unterliegen Beschränkungen. Viele Bosnier haben keinen Zugang zu freien Medien. Die Zusammenarbeit mit dem Kriegsverbrechertribunal ist mangelhaft.

Die Parteien können nicht auswählen, welchen Elementen des Daytoner Abkommens sie den Vorzug geben und welche sie lieber ignorieren. Der Lenkungsausschuß spricht mit einer Stimme, wenn wir sagen, daß es kein „business as usual“ für die Politiker und Militärs in Bosnien geben wird, wenn die wichtigsten Aspekte der Implementierung nicht befolgt werden. Wir werden in Bosnien nur solche Hilfe gewähren oder unterstützen, die zum Aufbau eines geeinten Landes beiträgt oder den Menschen hilft, die zum Erfolg des Daytoner Abkommens beitragen. Diese Botschaft werde ich an diesem Wochenende mit nach Bosnien, Kroatien und Serbien nehmen. Das beinhaltet beispielsweise, daß wir den Kommunalbehörden keine

Wirtschaftshilfe gewähren, die die Rückkehr der Flüchtlinge blockieren – seien es kroatische Behörden, die zulassen, daß in Drvar serbische Häuser niedergebrannt werden oder serbische Behörden, die zulassen, daß in Gajevi muslimische Häuser zerstört werden.

Für die Vereinigten Staaten bedeutet das, daß unser neues Unterstützungsprojekt „Open Cities Support Project“ nur die Gemeinden unterstützt, die bereit sind, den ethnischen Minderheiten angehörenden Flüchtlingen eine sichere Heimkehr zu ermöglichen. Uns stehen 8,6 Millionen Dollar zur Wiederherstellung von Gebäuden, Gewährung von landwirtschaftlicher Hilfe und Geschäftskrediten sowie zur Ausbildung von Arbeitnehmern in bestimmten Gemeinden zu Verfügung. Das bedeutet, Beamte, die betrügen oder die bevorstehenden Wahlen fälschen wollen, dürfen nicht kandidieren. Das bedeutet, wir engagieren uns dafür sicherzustellen, daß Ende dieses Jahres jede Gemeinde einer bestimmten Größe in jedem Teil Bosniens Zugang zu unabhängigen Rundfunk- und Fernsehberichten hat, die keine Falschinformationen oder Haß verbreiten. Das bedeutet, daß das Ausmaß unserer Unterstützung für die beiden Gebietskörperschaften von deren Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Kriegsverbrechertribunal abhängt. Das bedeutet, wenn die bosnische Regierung nicht bis Ende dieses Sommers Botschafter nominiert und bestätigt, die die neuen gemeinsamen Institutionen vertreten, werden wir nicht mit denen verhandeln, die über die festgesetzte Zeit hinaus im Amt bleiben. Das bedeutet, unsere Fähigkeit zur Veranstaltung der Konferenz der Geberländer hängt von der Bereitschaft der Parteien zur Durchsetzung des neuen vereinbarten Pakets elementarer Wirtschaftsgesetze ab. Und vor allem bedeutet es, daß die Parteien weder der internationalen Staatengemeinschaft beitreten noch von der Zugehörigkeit zur europäischen oder globalen Wirtschaft profitieren können, bis sie bei der Einhaltung des Daytoner Abkommens größere Fortschritte machen. Das trifft auch auf Kroatien und Serbien zu – die ihre in Dayton eingegangenen Verpflichtungen erfüllen müssen, auch im Hinblick auf Kriegsverbrecher.

Ich möchte nicht die bereits erzielten bemerkenswerten Fortschritte verschweigen. Der Krieg ist beendet. Heute sprechen wir über die Bestrafung von Kriegsverbrechen und brauchen nicht mehr zu beraten, wie wir ihnen ein Ende setzen können. Aber anderthalb Jahre nach Dayton reicht es nicht aus zu sagen, daß die Kämpfe beendet wurden. Wir müssen den Blick auf die Zukunft richten und uns fragen, wie Bosnien in fünf oder zehn Jahren aussehen wird. Schließlich sind die wichtigsten Wahlen nicht die von 1996 oder 1997, sondern die von 1998, wenn das Mandat der SFOR ausgelaufen ist, sowie jede danach abgehaltene ehrliche Wahl. Die wichtigsten Kinder sind nicht nur diejenigen, die wir heute in ihre Heimat zurückbringen können, sondern diejenigen, die heute geboren werden und nie die Angst und den Schmerz kennenlernen sollten, die eine Flucht mit sich bringt. Die wichtigste Sicherheit ist nicht nur, daß heute in Sarajewo kein Gewehrfeuer zu hören ist, sondern die Gewährleistung eines friedlichen Bosniens in einem friedlichen, geeinten Europa. Das – und nichts Geringeres – müssen unsere Ziele sein. Zu ihrer Erlangung verspreche ich, mein Bestes und das Beste der Vereinigten Staaten zu geben, und ich erbitte von Ihnen dasselbe.

Quelle: [gopher://198.80.36.82:70/OR29858695-29869147-range/archives/1997/pdq.97](http://gopher://198.80.36.82:70/OR29858695-29869147-range/archives/1997/pdq.97); deutsch nach: Amerika Dienst (USIS Bonn), Nr. 11,11.6.1997.